

Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 03.02.2004

Vorlage Nr. 03-F-01-0059

**Bedarfsanalyse zu den Ortsverwaltungen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2003 -**

Beschluss Nr. 0003

1. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Diehl und Frau Zieren-Hesse (Leiterin des Hauptamtes) zu der Befragung zur Bürgerfreundlichkeit der Ortsverwaltungen Bierstadt, Delkenheim und Schierstein aus dem Jahr 1998 und zu dem jetzigen Projekt „Unstrukturierung der Ortsverwaltungen“ einschließlich der dazu umgedruckten Unterlagen werden zur Kenntnis genommen.
2. Es wird des weiteren zur Kenntnis genommen, dass nach einem Jahr eine weitere Kundenbefragung durch das Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung im 1. Quartal 2005 durchgeführt wird.
3. Zu diesem Zweck werden dem Magistrat die nachfolgend im Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2003 betr.

Bedarfsanalyse zu den Ortsverwaltungen

aufgeführten Fragen mit der Bitte übermittelt, diese bei der im 1. Quartal 2005 durchzuführenden Kundenbefragung mit zu Grunde zu legen:

- Der Magistrat wird gebeten

eine professionell ausgestaltete Bedarfsanalyse zur Nutzung der Wiesbadener Ortsverwaltungen in die Wege zu leiten, anhand der ermittelt werden soll
- welche Dienstleistungen die Bürgerinnen und Bürger in erster Linie von ihren Ortsverwaltungen erwarten,
- wie viele Bürgerinnen und Bürger -bezogen auf die gesamte Einwohnerzahl der jeweiligen Ortsteile- die Ortsverwaltungen bei den derzeitigen Öffnungszeiten wöchentlich nutzen,
- welche Dienstleistungen von den Bürgerinnen und Bürgern derzeit vorzugsweise in Anspruch genommen werden,
- in welchem Umfang diese Bürgerinnen und Bürger - bezogen auf die gesamte Einwohnerzahl der jeweiligen Ortsteile - die Ortsverwaltungen bei den geplanten reduzierten Öffnungszeiten noch nutzen würden,
- welche Dienstleistungen von den Bürgerinnen und Bürgern evtl. gewünscht werden, die derzeit von den Ortsverwaltungen nicht angeboten werden,
- wie viele Bürgerinnen und Bürger die Reduzierung der Öffnungszeiten unter dem Gesichtspunkt der Kostenersparnis für den städtischen Haushalt als gerechtfertigt ansehen würden,

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0003 vom 03.02.2004

- welche Dienstleistungen die Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb ihres Ortsteils wahrzunehmen bereit wären,
 - wie viele Bürgerinnen und Bürger bei Benennung der Gründe keine Möglichkeit haben, eine andere Ortsverwaltung und / oder eine Verwaltungsstelle im Innstadtbereich aufzusuchen.
4. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration das Ergebnis unverzüglich nach der Durchführung der geplanten Kundenbefragung zuzuleiten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2004

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2004

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2004

Dezernat VII i.V.m. Dezernat I/10
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I/10
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister